

**Rede des Kreisbeigeordneten Carsten Müller zur Einbringung des Haushaltes 2020/21
in der Kreistagssitzung am 4. Dezember 2019**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne lege ich Ihnen heute als Kämmerer des Kreises Offenbach den Entwurf des Haushalts vor, den der Kreisausschuss in seiner Sitzung am vergangenen Montag verabschiedet hat.

Wenn Sie jetzt gleich den Doppelhaushalt in Händen halten werden, wird Ihnen sicher sofort auffallen, dass es wesentlich weniger Papier als in den Vorjahren ist. Der Haushaltsplan 2020/21 leistet optisch einen kleinen Beitrag zur Konsolidierung und zum Umweltschutz. Die Buchungsstellen werden nur noch aggregiert dargestellt. Die gedruckte Version umfasst somit nur noch knapp 600 Seiten. So können wir auf rund 50.000 Seiten Papier verzichten. Daher darf ich vorab dem Präsidium danken, dass sie unserem Vorschlag gefolgt sind und wir den Etat in dieser Form einbringen können. Als pdf werden Sie auch die bisherige Form erhalten.

Der Kreisausschuss schlägt Ihnen einen Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 vor. Wir schaffen so mehr Planungssicherheit - sowohl für die Verwaltung als auch für die Kommunen.

Hiobsbotschaften oder bittere Pillen, die wir in der Vergangenheit verkünden mussten, sind in diesem Etat nicht zu finden. Ganz im Gegenteil: Der Etatentwurf ist solide aufgestellt und er stellt die Weichen auf Zukunft.

Daher gleich zu Beginn meiner Ausführungen die guten Nachrichten:

- Beide Etats sind ausgeglichen. Wir weisen erneut Überschüsse aus und sind auf dem besten Wege, vorzeitig den Schutzschirm zu verlassen. Nach 2018 und den Erwartungen für 2019 werden wir in 2020 das dritte Jahr in Folge im ordentlichen Ergebnis, Überschüsse erzielen. Damit können wir dann zwei Jahre früher als geplant den Schutzschirm verlassen.
- Auch für die Städte und Gemeinden gibt es positive Nachrichten: Während der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage unverändert bei 32,47 Prozentpunkten bleiben wird, werden wir die Schulumlage um 1,78 Prozentpunkte senken können. Dieses Ergebnis kommt aus zwei unterschiedlichen Aspekten zustande: Die Kosten für Schule sinken um 2,7 Millionen Euro. Dies hängt mit der Übernahme der Schulgesellschaften und den neuen Verträgen zusammen, die der Kreistag in seiner letzten Sitzung beschlossen hat. Darüber hinaus macht sich die deutlich gewachsene Bemessungsgrundlage für die Umlagen bemerkbar. Aus beiden Effekten ergibt sich die Reduzierung des Hebesatzes für die Schulumlage. Diese entlastet übrigens die Städte und Gemeinden im Kreis in erheblichem Umfang. Würde der Hebesatz unverändert bleiben, so müssten alle Städte und Gemeinden rund 11,1 Millionen Euro mehr an den Kreis Offenbach zahlen. Diese Summe verbleibt nun bei den Städten und Gemeinden und entlastet die örtlichen Haushalte. Zugleich kommt der Kreisausschuss seiner Zusage und den gesetzlichen Verpflichtungen nach, die Kreis- und Schulumlage

nur in der Höhe festzusetzen, die für die Erledigung der Aufgaben notwendig ist. Dies hat in der Vergangenheit zu steigenden Hebesätzen geführt. Bedeutet in der Konsequenz aber auch, dass Hebesätze gesenkt werden, wenn die entsprechenden Spielräume bestehen. Rechtlich unzulässig wäre es, Hebesätze nicht zu senken und stattdessen Rücklagen anzuhäufen. Dies dürfen wir nicht und daher wird sich jedes Jahr die Frage nach den Hebesätzen immer wieder stellen. Insgesamt erwarten wir aus der Kreis- und Schulumlage Erträge von 317,8 Millionen Euro im kommenden Jahr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir befinden uns in einem sehr positiven wirtschaftlichen Umfeld. Die gute Konjunktur sorgt für Rekordeinnahmen auf allen Ebenen. Beim Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2017, das im Sommer 2019 veröffentlicht wurde, liegen wir im landesweiten Vergleich nur hinter den Städten Frankfurt und Wiesbaden auf Platz drei. Gleichzeitig haben wir mit einer Arbeitslosenquote von aktuell 3,7 Prozent nahezu Vollbeschäftigung. Dies hört sich alles sehr „rosig“ an. Dennoch müssen wir auch in Zukunft sorgfältig abwägen, was wir uns leisten können und wollen. Bereits heute ziehen Wolken am Konjunkturhimmel auf. Das Wachstum geht zurück. Das soll uns Mahnung sein, dass die hervorragende Entwicklung in der Bundesrepublik nicht selbstverständlich ist und wir sie als gegeben voraussetzen können. Wir blicken auf zehn Jahre steigende Steuereinnahmen und eine gute konjunkturelle Lage zurück. Dem Haushalt 2020 liegt ein Rekordgewerbesteueraufkommen in den Städten und Gemeinden in Höhe von 241,9 Millionen Euro zugrunde. Das ist sehr gut, aber zugleich birgt dies auch Risiken für die Zukunft.

Daher dürfen wir den Konsolidierungskurs auch in Zukunft nicht aufgeben. Seit 2005 bis heute konnten wir so 113 Millionen Euro einsparen. Jetzt können wir die Früchte dieser Arbeit ernten und den dritten Etat in Folge mit einem Überschuss vorlegen. Aber dies ist keine Selbstverständlichkeit und es gibt aktuell keine Alternative zum Konsolidierungskurs. Nicht alles, was wünschenswert wäre, können wir uns leisten.

Auf der anderen Seite müssen wir für eine weitere positive Entwicklung des Kreises die notwendigen Investitionen in die Zukunft stemmen. Der Kreis Offenbach wächst. In den nächsten Jahren werden wir rund 20.000 bis 25.000 zusätzliche Einwohner haben. Die öffentliche Infrastruktur in Verkehr, Versorgung, Digitalisierung, Schule, Kinderbetreuung muss ausgebaut und an die Bedarfe angepasst werden. Dies müssen wir neben der Konsolidierung angehen, um Zukunftschancen des Kreises zu sichern. Dies bedeutet wiederum, ein Kaputtsparen und damit einen neuerlichen Investitionsstau wird es mit uns nicht geben. Und der Haushaltsentwurf sendet ein deutliches Signal in diese Richtung.

Lassen Sie mich nun zu ein paar Zahlen für 2020 und 2021 im Konkreten kommen: Im Ergebnishaushalt für das nächste Jahr stehen Erträgen in Höhe von 668 Millionen Euro Aufwendungen von knapp 654 Millionen Euro gegenüber. Im Jahr 2021 steigen die Erträge auf 680 Millionen Euro und die Aufwendungen auf 666 Millionen Euro. Das Jahresergebnis liegt bei 14,4 Millionen Euro im Jahr 2020 und 13,9 Millionen Euro im Jahr 2021.

Damit steigen die ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Millionen Euro.

- Den größten Anteil bilden die Umlagen. Aus der Kreisumlage fließen im Jahr 2020 annähernd 203 Millionen Euro in die Kreiskasse. Das sind 13,5 Millionen

Euro mehr als in diesem Jahr. Die Schulumlage, die kostendeckend erhoben wird, ist mit 115 Millionen Euro im Jahr 2020 und mit 117,6 Millionen Euro im Jahr 2021 kalkuliert. Wesentliche Veränderung ist die Neuordnung der Bewirtschaftung der Schulen, die den Aufwand senkt. Aufgrund der anstehenden Investitionen in diesem Bereich ist aber langfristig eine erneute Steigerung der Schulumlage zu erwarten.

- Die Transfererträge steigen an. Dies sind die Beteiligungen des Bundes und des Landes vorwiegend bei den Sozialausgaben. Da es sich dabei um durchlaufende Positionen handelt, stehen den Mehreinnahmen auch Mehrausgaben gegenüber.
- Aus dem kommunalen Finanzausgleich erhält der Kreis in den Jahren 2020 und 2021 75,6 Millionen Euro beziehungsweise 77,8 Millionen Euro. Dies ist nur ein kleines Plus von 0,8 Prozent gegenüber 2019 und macht in Summe 600.000 Euro im Jahr 2020 beziehungsweise 2,2 Millionen Euro im Jahr 2021. Dies fällt bei Weitem nicht so hoch aus wie das Land Hessen dies propagiert. Auffällig ist vor allem, dass von den Steigerungen des KFA vorrangig die Städte profitieren und nicht die Landkreise. Daher fordert der HLT Nachverhandlungen, denn die hessischen Landkreise sind dringend auf eine adäquate Finanzausstattung angewiesen.
- Die Kostenerstattungen sind leicht rückläufig. Hauptgrund hierfür sind die abnehmenden Fallzahlen der unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge.

Den Erträgen stehen aber auch Aufwendungen auf Rekordniveau gegenüber. Diese steigen um gut 15 Millionen Euro im Vergleich von 2019 zu 2020.

- Die Transferaufwendungen gehen weiter nach oben: 2019 lagen diese bei rund 295 Millionen Euro. Im Haushaltsplan 2020 werden über 311 Millionen Euro erwartet und im Jahr 2021 annähernd 316 Millionen Euro.
- Erfreulich ist, dass für die Sach- und Dienstleistungen rund fünf Millionen Euro weniger kalkuliert werden können. Diese Position beläuft sich auf knapp 112 Millionen Euro im Jahr 2020 und 112,8 Millionen Euro im Jahr 2021. Dies ist ein Erfolg der strengen Vorgaben während der Aufstellung des Haushalts sowie unserer konsequenten Anpassung an die Rechnungsergebnisse der Vorjahre. Dazu kommt der geringere Ansatz für die Leistungen im Facility Management unserer Schulen.
- Die Personalkosten schlagen mit 57 Millionen Euro im Jahr 2020 zu Buche, das sind rund vier Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für das Jahr 2021 werden diese in Höhe von knapp 60 Millionen Euro erwartet. Dies resultiert unter anderem aus Tariferhöhungen sowie Besoldungs- und Beihilfeanpassung. Zusätzlich sieht der Stellenplan 21 neue Stellen vor. Dies betrifft die Bereiche Soziales aber auch die Bauverwaltung. Das große Investitionspaket erfordert mehr Mitarbeiter, damit die Maßnahmen auch administriert werden können. Hinzu kommen noch Stellenbesetzungen, die aus den neugeschaffenen Stellen des laufenden Jahres realisiert werden, darunter etwa eine halbe Million Euro

für zusätzliche Stellen im Rahmen der Aufgabenübertragung nach dem Bundesteilhabegesetz. Rund 250.000 Euro sind eingepreist für die Einführung des kostenlosen Jobtickets. Wir erhoffen uns davon, als attraktiver Arbeitgeber Vorteile im Kampf um die guten Köpfe, denn wir konkurrieren nicht nur mit anderen öffentlichen Verwaltungen, sondern auch mit den Unternehmen in der Region.

- Die Umlageverpflichtungen sinken von knapp 80 Millionen Euro auf gut 77 Millionen Euro im Jahr 2020 und rund 79 Millionen Euro im Jahr 2021. Hier können wir erstmals seit Jahren mit einer sinkenden LWV-Umlage rechnen. 2,5 Millionen Euro weniger als in 2019 sind eingeplant. Dies ist ein Effekt des KFA und auch der Einführung des BTHG. Dennoch rechnet sich die Aufgabenverlagerung nicht, da die Kostensteigerungen durch das BTHG in unserem Haushalt deutlich höher sein werden. Dies liegt an einer deutlichen Zunahme an Fällen, die wir vom LWV übernehmen. Rund 600 Fälle in der Grundsicherung und weitere 220 Fälle unter anderem in der stationären Pflege sorgen für einen erhöhten Aufwand in dem Bereich von 7,6 Millionen Euro. Damit bleiben wir auf rund 5,1 Millionen Euro jährlich sitzen. Insofern fordere ich auch hier das Land Hessen auf, für einen Ausgleich dieses Mehraufwands zu sorgen, so wie es andere Bundesländer bereits tun beziehungsweise angekündigt haben.
- Alles in allem muss der Kreis Offenbach im kommenden Jahr rund 85,8 Millionen Euro aus eigenen Mitteln für den Sozialbereich aufwenden, bei einem Gesamtvolumen von 311 Millionen Euro für Transferleistungen. Neue Gesetze und Regelungen stellen uns vor neue Aufgaben. Dazu kommen deutliche Steigerungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei der Grundsicherung im Alter und dauerhafter Erwerbsminderung. Diese werden auf 1,9 Millionen Euro beziehungsweise 7,8 Millionen Euro kalkuliert. Der Bund erstattet davon lediglich die Leistungen der Grundsicherung. Somit verbleiben hier weitere Kosten in Höhe von 1,9 Millionen Euro beim Kreis. Die Steigerung der Fallzahlen bedingt auch mehr Personal. In den betroffenen Bereichen des zuständigen Fachdienstes sind insgesamt 8,5 Stellen mehr eingeplant. Diese Transferaufgaben im Rahmen der Eingliederungshilfe, der Sozialhilfe sowie der Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerbende sind gesetzliche Leistungen mit individuellem Rechtsanspruch. Wir haben hier gar keinen Handlungsspielraum. Wer bedürftig ist, der hat einen Anspruch. Die Mittel, die wir von Bund und Land für diese Pflichtaufgabe bekommen, reichen keinesfalls aus. Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich des SGB II. Die Kosten der Unterkunft stagnieren aufgrund sinkender Fallzahlen. Bedingt durch die Lage im Ballungsraum und damit verbundene höhere Lebenshaltungskosten, steigen aber die durchschnittlichen Kosten pro Fall und pro Quadratmeter nach wie vor kontinuierlich an. Von 2017 nach 2018 ist hier ein Anstieg von 3,59 Prozent zu verzeichnen und von 2018 nach 2019 von 2,74 Prozent.
- Weitere wesentliche Veränderungen sind die Kosten für I-Helfer an Schulen, die auf 2,2 Millionen Euro steigen sowie das frisch beschlossene Angehörigenentlastungsgesetz, das bei etwa 60 Fällen rund 150.000 Euro kosten wird.

- Im Jugendetat zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Zwar stagnieren die Fallzahlen in der stationären Erziehungshilfe, jedoch steigen die Kosten im Einzelfall. Ambulante Hilfen werden stärker in Anspruch genommen. Dafür werden 45,6 Millionen Euro im Jahr 2020 und 46,5 Millionen Euro im Jahr 2021 kalkuliert. Gesetzesänderungen beim Unterhaltsvorschuss führen zu längeren Ansprüchen und höheren Zahlungen, so dass künftig 7,6 Millionen Euro im Jahr 2020 und acht Millionen Euro im Jahr 2021 zu zahlen sind. Die Kosten des Kreises für die Kinderbetreuung insgesamt steigen. Dies gilt für die Kostenübernahme von Beiträgen, die Tagespflege und die Verwirklichung des Rechtsanspruchs. Kreisweit fehlen Plätze. Die Lage ist aufgrund von Platz- und Personalmangel angespannt und für die betroffenen Eltern höchst ärgerlich. Im Etat macht dies zusammen jährlich rund 9 Millionen Euro aus.
- Neu vorgesehen ist die Förderung der Gründung eines Landschaftsvereins im Bereich Umwelt und der gestiegene Finanzierungsbedarf der KVG ist ebenfalls berücksichtigt. ^{pflegerverbund}

Trotz der hohen Belastungen im Ergebnishaushalt liegt der Fokus mit diesem Doppeletat eindeutig auf Investitionen für die Zukunft. Es sind im Jahr 2020 rund 52 Millionen Euro für Investitionen und 2021 nochmals weitere knapp 60 Millionen Euro eingeplant. Die investive Kreditaufnahme wird 2020 bei 36,5 Millionen Euro und knapp 48 Millionen im Jahr 2021 (38,7 Millionen Euro im Jahr 2019) liegen.

Wir starten das größte Investitionsprogramm für Schulen des Kreises Offenbach. Wir wollen 33,1 Millionen Euro beziehungsweise 40,6 Millionen Euro in die Schulen investieren und stärken damit unsere Schullandschaft weiter. Eine Schullandschaft, die in Hessen nach wie vor einzigartig ist – im positiven Sinne. An jeder vierten Schule im Kreis wird gebaut werden: 19 Schulen sollen erweitert werden. Fünf Schulen müssen wir komplett neu bauen. Die Summe an Verpflichtungsermächtigungen steigt auf 32 Millionen Euro im Jahr 2020 und 53,3 Millionen Euro im Jahr 2021, davon entfallen insgesamt 71,4 Millionen Euro auf den Schulbau. Auch hier setzen wir ein klares Zeichen für Schule und Bildung und machen deutlich, dass das Thema uns in den nächsten Jahren intensiv begleiten wird.

Hinzu kommen wichtige und dringend notwendige Verbesserungen für die Infrastruktur im Kreis Offenbach. Der Breitbandausbau soll mit jeweils acht Millionen Euro vorangetrieben werden, wovon jährlich 6 Millionen Euro an Fördermittel eingeplant sind. Nur so können wir unsere gute Position im Wettbewerb der Regionen behaupten.

Ein weiteres Zukunftsprojekt ist der Bau der Regionaltangente West. Dazu sind in beiden Jahren jeweils 1,1 Millionen Euro Investitionszuschuss eingeplant. Dieses Verkehrsprojekt ist ein wichtiger Meilenstein im ÖPNV. Dadurch wird der zentrale S-Bahn-Tunnel unter der Frankfurter Innenstadt deutlich entlastet und so werden die Fahrwege entscheidend erweitert. Weitere kleinere Infrastrukturmaßnahmen an den Kreisstraßen und der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen stehen auf unserer Agenda ebenso wie die Erhöhung des Eigenkapitals des Eigenbetriebs Rettungsdienst, um ein weiteres Thema der letzten Sitzung des Kreistags aufzugreifen.

Nicht eingeplant haben wir einen Neubau der ProArbeit, da hier aktuell keine belastbaren Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorliegen. Dies muss gegebenenfalls im Rahmen eines Nachtrages erfolgen, wenn der Kreistag grünes Licht für die Maßnahme geben sollte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der vorliegende Entwurf die notwendige Balance zwischen Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen darstellt. Die Zahlen sind gut und es ist der mit Abstand beste Haushalt, den der Kreis in den letzten 20 Jahren hatte.

Dennoch sind wir nicht endgültig überm Berg und haben noch manche Aufgabe zu erfüllen.

- Bis spätestens 2024 muss der Kreis die Liquiditätsreserve in Höhe von rund 12 Millionen Euro aufbauen.
- Mögliche Veränderungen in der Finanzierung der KVG sind noch zu berücksichtigen. Entscheidungen in den Gremien stehen aus.
- Wir profitieren vom derzeit niedrigen Zinsniveau. Hatten wir 2014 noch Ausgaben für Zinsen von über 30 Millionen Euro, so liegen wir nun bei rund 18 Millionen Euro. Wir dürfen aber nicht unbeachtet lassen, dass wir rund 400 Millionen Euro investive Kredite haben und bei dem Investitionsvolumen, das ansteht, wird die Verschuldung steigen. Damit auch das Risiko für die Zukunft. Dennoch erfreuen wir uns an dem sehr niedrigen Zinsniveau und wollen dieses für die Entlastung des Haushalts nutzen.

Betonen muss ich aber weiterhin, dass es in der mittel- bis langfristigen Perspektive Risiken gibt, die man auch im aktuellen Etat ablesen kann.

Der Kreis Offenbach muss weiterhin Pflichtaufgaben erfüllen, die unzureichend refinanziert werden durch Bund und Land. Somit laufen wir Gefahr, dass bei einem Einbruch der Konjunktur und damit sinkenden Steuereinnahmen auf allen Ebenen unsere Einnahmen nicht ausreichen werden, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Zugleich werden die Sozialausgaben weiter steigen, so dass die Kreisumlage deutlich angehoben werden müsste. Um dieses Risiko zu reduzieren, müssen wir weiterhin sparsam wirtschaften.

Das ist nun der zehnte Haushalt, den ich als Kämmerer verantworte. Im Jahr 2010 war das jahresbezogene Defizit mit über 100 Millionen Euro geplant. Nun schreiben wir Überschüsse. Die kumulierten Fehlbeträge summierten sich auf 549,5 Millionen Euro in 2017. Am Jahresende verbleibt Dank unserer konsequenten Konsolidierung und auch der Hessenkasse ein Rest von 75,3 Millionen Euro, den wir perspektivisch bis 2024 abbauen wollen. Dies zeigt, welche gute Arbeit wir im vergangenen Jahrzehnt geleistet haben. Dafür haben wir teilweise unpopuläre Entscheidungen getroffen und viel Kritik einstecken müssen, doch wenn der Kreis Offenbach in fünf Jahren ohne Altfehlbeträge dasteht, dann hat sich auch das gelohnt!

Uns bleibt weiterhin kein Raum für „Wünsch dir was“, sondern wir müssen uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren. Diesen Spagat haben wir mit dem vorgelegten Doppelhaushalt erfolgreich gemeistert. Soziales und Bildung sind die größten Aufgaben und sind gleichzeitig auch entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Vorbereitung des Doppelhaushaltes 2020/21. Ich wünsche Ihnen eine gute Beratung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!